

VOR 25 JAHREN

Ried: Ende für 140-jährige Post

Muotathal, einst stolze Gemeinde von vier Poststellen, steht ab dem 1. April alleine da. Nach Bisisthal und Hinterthal wird jetzt auch die Post Ried geschlossen. Davon betroffen sind 216 Haushaltungen und elf Postfachbesitzer. (ie)

Neue Fahnen für Ibach

Nach zwanzig Jahren hat der Einwohnerverein Ibach-Schönenbuch die Dorfbeflaggung erneuert. Pünktlich zum 125. Vereinsjubiläum sind nun die Strassen im Muotadorf mit den neuen Fahnen geschmückt worden. (chrjd)

Aus dem «Boten» vom 10. März 2000

Grünes Licht: Stoos darf bauen

Am 3. März 1982 hat der Gemeinderat Morschach auf dem Stoos wegen Wasserknappheit einen Baustopp verhängt. Nun ist der Bauabn gebrochen. Ein im letzten Herbst eingereichtes Baugesuch hat die Hürde des Verfahrens geschafft. Es ist bereits ein zweites Baugesuch eingereicht worden. Nachholbedarf kündigt sich an. (ie)

Aus dem «Boten» vom 11. März 2000

SVP wieder klarer Wahlsieger

Die SVP hat im Kantonsrat um acht Sitze zugelegt. Verloren haben alle anderen Parteien. Bei den Regierungsratswahlen allerdings dominierte die CVP. Dieser Erfolg ist selbst für die SVP völlig unerwartet gekommen. Vor vier Jahren schon hat sie um sieben Sitze zugelegt. Jetzt vergrössert sie ihre Fraktion dank klaren Zugewinnen um acht auf 20 Mandate. (cj)

Aus dem «Boten» vom 13. März 2000

Südfahrt: Grundsätzliches Ja

Vergangenen Oktober erhielt das Bundesamt für Strassenbau Post aus Schwyz: Es musste Stellung beziehen zum Bau einer Südfahrt von Küsnacht. Die Antwort liegt jetzt auf dem Tisch des Regierungsrats. Das Bundesamt macht dem Projekt Auflagen. So muss mit geeigneten Massnahmen dafür gesorgt werden, dass der Durchgangsverkehr wirklich über die Umfahrung abgewickelt wird. (df)

Aus dem «Boten» vom 16. März 2000



Hier bei der Talstation der Luftseilbahn Küsnacht-Seebodenalp soll die Umfahrung in die Grepperstrasse einmünden. Bild: Dominik Feusi

900'000 Franken für Tierpark-Schäden

2,5 Mio Schaden hat Orkan «Lorath» im Tierpark Goldau verursacht. Inzwischen sind 900'000 Franken an Spenden eingegangen. Rund 800 neue Bäume müssen gepflanzt werden. Bereits hat die Versicherung einen Vorschuss von 300'000 Franken geleistet. (ie)

Aus dem «Boten» vom 17. März 2000

Kriegsmaterialfirma sorgt für Neutralitätsdebatte

Rheinmetall will in Studen das Testgelände mit einer Produktionshalle ergänzen. Jetzt wird gegen das Vorhaben Einsprache geführt – aus ethischen und neutralitätspolitischen Gründen.

Jürg Auf der Maur

«Die Situation heute zeigt, wie wichtig es ist, dass die Schweiz neutral ist und bleibt», sagt SVP-Präsident Marcel Dettling. Seit Donald Trump im Weissen Haus dabei ist, das transatlantische Bündnis auf den Kopf zu stellen, und seit in der Ukraine ein wüster Angriffskrieg durch Russland für Tote und Verwüstungen sorgt, drängt die SVP erst recht auf Neutralität.

Sie hat dazu eine Initiative eingereicht, über welche schon bald öffentlich diskutiert wird, bevor sie dem Volk an der Urne vorgelegt wird. Klar ist: Wie genau Neutralität definiert wird, ist derzeit offener denn je. SVP-Präsident Roman Bürgi will, dass kein Schweizer Kriegsmaterial in Länder ausgeliefert wird, die aktiv in Kriegshandlungen verwickelt sind. Und bezüglich Rheinmetall in Studen betont er, dass «Rheinmetall ein wichtiger Arbeitgeber im Ybrig ist» und dass es also auch «um den Erhalt von Arbeitsplätzen geht».

Die Frage betrifft immer lauter auch den Kanton Schwyz, wo in Studen bei Unteriberg die deutsche Waffenherstellerin Rheinmetall zwar Tests auf dem Ochsenboden durchführt, nun aber auch eine neue Produktionshalle bauen will. Gemäss «Tages-Anzeiger» soll Rheinmetall pro Jahr in Unteriberg für rund eine Million Franken Steuern bezahlen oder Aufträge ans Gewerbe erteilen. Entsprechend leise sei dort die Kritik.

Vorstösse lancierten Neutralitätsdebatte

Schon mehrere politische Vorstösse haben Regierung und Kantonsrat bereits im vergangenen Jahr beschäftigt. Es gehe «um die immerwährende Neutralität unseres Landes», schrieb der Unteriberger SVP-Kantonsrat Adolf Fässler in einer Kleinen Anfrage und erkundigte sich nach den Rechtsgrundlagen und Bewilligungen, welche Rheinmetall für ihre Tätigkeiten in Studen hat. In die ähnliche Richtung zielte damals auch eine Interpellation von Django Betschart (GLP, Ingenbohl), Elsbeth Anderegg Marty (SP, Altendorf) und



Umstrittener Ausbau: Gegen eine geplante Produktionshalle bei Rheinmetall wird Einsprache eingereicht.

Bild: Erhard Gick

Franz Camenzind (SP, Einsiedeln). Die drei stellten nicht nur Fragen zum Umweltschutz und zur Sicherheit, sondern auch zur Neutralität der Schweiz.

Weitere politische Vorstösse sind derzeit nicht in der Pipeline, weder bei der SP noch bei der SVP. Das ist erstaunlich, denn die Brisanz hat in den letzten Monaten eher zugenommen. Munition und Waffen sind gefragt, Staaten rüsten massiv auf, Kriegsmaterialhersteller machen grosse Gewinne an den Börsen. So habe die Rheinmetall-Aktie seit 2022 um das Sechsfache zugenommen, titelte kürzlich das Wirtschaftsmagazin «cash.ch».

Frye Schwyzer reicht Einsprache ein

Während in der «offiziellen» Schwyzer Politik derzeit eher Ruhe angesagt ist, macht die Interessengemeinschaft Frye Schwyzer mit dem ehemaligen Natio-

nalratskandidaten Josef Ender auf sich aufmerksam. «Die deutsche Firma Rheinmetall beliefert aktive Kriegsparteien. Sie will nun in Unteriberg die Anfertigung von Kriegsmaterial ausbauen und eine Produktionshalle aufstellen», wird in einer Medienmitteilung einleitend festgehalten. Ender fragt sich, ob die Tätigkeiten von Rheinmetall vereinbar mit Neutralität, Verfassung und Gesetz seien. «Während die Menschheit auf die Trümmer schaut, jubelt Rheinmetall auf Rekordgewinne», so Ender weiter.

Ender und Frye Schwyzer reichen nun Einsprache gegen die geplante Rheinmetall-Produktionshalle ein. Damit würden gemäss Gesuchsunterlagen fünf bis acht neue Arbeitsplätze geschaffen.

Zudem werden, so die Einsprecher, zentrale Fragen nach der Betriebsbewilligung eingereicht, die vor 70 Jahren

für die Schweizer Firma Oerlikon-Bührle ausgestellt wurde, nun aber auch für Rheinmetall Gültigkeit haben soll. Ender will nun wissen, welche «heutigen Tätigkeiten» für Rheinmetall damit abgedeckt werden und inwiefern die Tätigkeiten von Rheinmetall «mit Neutralität, Verfassung und Gesetz» vereinbar sind.

Für Ender ist klar: «Die Aktivitäten des Rheinmetall-Konzerns sind ethisch nicht vertretbar, gefährden die Sicherheit der Schwyzer und verstossen gegen die Schweizer Verfassung.» Leider habe es die Regierung verpasst und die «Sorgen und Anfragen der Schwyzer nicht ernst genommen». Die Vorstösse seien «grösstenteils ausweichend beantwortet worden», und es sei auf die 70 Jahre alten Regierungsratsbeschlüsse verwiesen worden, welche «dem aktuellen Betrieb nicht mehr Rechnung tragen».

Kanton rüstet sich für Vollanschluss Schindellegi

Für 189 Millionen Franken soll der Zubringer Freienbach mittels eines 900 Meter langen Tunnels gebaut werden.

Stefan Grüter

Jetzt liegt das «Bekanntnis» des Kantons Schwyz für den Bau des Zubringers Freienbach zum künftigen Autobahn-Vollanschluss Schindellegi vor. Dieses «Bekanntnis» macht das Bundesamt für Strassen (Astra) zur Bedingung, um den Vollanschluss Schindellegi überhaupt in Angriff zu nehmen.

Für den Ausbau des jetzigen Halbanschlusses Halten zum Vollanschluss Schindellegi zeichnet nämlich der Bund beziehungsweise das Astra verantwortlich. Die Realisierung des Zubringers liegt beim Kanton.

Im Mai im Kantonsrat

Das Baudepartement liess gestern die Katze aus dem Sack und präsentierte die Vorlage, die voraussichtlich an der

Mai-Sitzung des Kantonsrats verabschiedet werden soll. Der Kostenrahmen ist seit Längerem bekannt, er liegt bei 189 Millionen Franken, finanziert aus der Spezialfinanzierung Strassenwesen, die derzeit einen Bestand von 287 Millionen Franken aufweist. Aufgrund der Projektgrösse und der Abhängigkeiten vom Astra-Projekt handle es sich dabei um ein Vorprojekt, «was bedeutet, dass der genannte Betrag auch eine Reserve von insgesamt 31,5 Millionen Franken beinhaltet», schreibt das Baudepartement. Die Neubaustrecke zwischen der Wilenstrasse im Gebiet Chrummen und dem Autobahnanschluss weist eine Länge von 1,2 Kilometern auf. Davon verlaufen 900 Meter im Tunnel. Beidseitig erfolgt der Anschluss mittels Kreisell.

«Bestandteil des Kantonsstrassenprojekts sind auch die Sanierung und

der Ausbau der Wilen-/Wolleraustrasse zwischen dem bestehenden Kreisell Freienbach und dem neuen Anschlusskreisell des Zubringers sowie verkehrslenkende flankierende Massnahmen auf der Schindellegistrasse und gegebenenfalls auf der Leutschenstrasse», so die Medienmitteilung aus dem Baudepartement.

Bereits vor drei Jahren habe der Regierungsrat der Tunnel-Variante den Vorzug gegeben. «Dies, weil er eine kostenmässig zwar günstigere offene Linienführung im weitgehend unverbauten Gebiet und damit eine Zerschneidung der Landschaft mit entsprechendem Kulturlandverlust politisch kaum als mehrheitsfähig einstufte.» Auch wenn der Kantonsrat in der Mai-Sitzung die Ausgabenbewilligung spreche, so werde die Realisierung «beträchtlich» Zeit in Anspruch

nehmen, so das Baudepartement weiter. Möglicherweise müssen die Stimmberechtigten des Kantons noch dazu Stellung nehmen. Danach folgen das eigentliche Bauprojekt inklusive Umweltverträglichkeitsprüfung, die notwendige Raumausscheidung sowie Land- und Rechtserwerb. «Das Bauvorhaben wird später zeitgleich mit dem Astra-Projekt öffentlich aufgelegt. Dies dürfte frühestens im Jahr 2028 der Fall sein.» Der Beginn der Bauarbeiten könne heute noch nicht präzise vorausgesagt werden, «dürfte im Idealfall aber etwa ab 2031/2032 realistisch sein». Da das Kantonsstrassenprojekt Zubringer Freienbach direkt vom Ausbau des Autobahnanschlusses Schindellegi abhängig ist, kann das Gesamtvorhaben nur und erst dann realisiert werden, wenn für beide Teilprojekte eine rechts-gültige Genehmigung vorliegt.